

FR
14.8.86

In weniger als einem Jahrzehnt ist der Ausstieg zu schaffen

Bericht der SPD-Kommission „Sichere Energieversorgung ohne Atomkraft“ / Gesetzliche Grundlagen müssen geändert werden / Teil I

Bis 1995 sollen alle derzeit betriebenen Atomkraftwerke abgeschaltet werden und die Stromerzeugung durch Kohlekraftwerke und gleichzeitige Energieeinsparung sichergestellt sein. So die Zielvorstellungen einer 14köpfigen SPD-Kommission unter Leitung des ehemaligen Bundesministers für Forschung und Technologie und jetzigen Bundestagsabgeordneten Volker Hauff. In dem Zwischenbericht der Kommission „Sichere Energieversorgung ohne Atomkraft“ — so ihr offizieller Name — wird der schrittweise Ausstieg aus der Kernenergie und der Einstieg in ein ökologisch verträgliches Energiesystem beschrieben. Die „aus Tschernobyl gezogenen Lehren“ sollen Grundlage eines Initiativantrags auf dem SPD-Parteitag sein, der in einer Woche in Nürnberg beginnt. Die FR dokumentiert aus dem Zwischenbericht der Hauff-Kommission Kapitel II („Wir müssen jetzt beginnen: Unser Sofortprogramm für die nächsten zwei Jahre“) und Kapitel III („Der politische und zeitliche Rahmen für die Durchsetzung einer Energiepolitik ohne Atomkraft“). Kapitel I („30 Jahre Diskussion um die Atomenergie in der SPD: Der Prozeß und das Ergebnis“) ist weitgehend identisch mit der Rede Volker Hauffs, die er im Mai dieses Jahres auf einem Parteitag der SPD in Hannover anlässlich der Einsetzung der Kommission gehalten hat. Diese Rede erschien bereits in der FR-Dokumentation am 16. Juni.

Eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft setzt einen neuen Rahmen für unsere Energieversorgungsstruktur voraus. Es geht dabei um mehr als um den Ersatz der Atomenergie mit einem Anteil von 41 Mio t SKE am Primärenergieverbrauch; es geht um mehr als nur den Strom, der bis jetzt durch Atomkraft bereitgestellt wird, in Zukunft durch Kohle, Gas oder Öl zu erzeugen.

Es ist heute notwendig, die Weichen zu stellen für eine neue Energieversorgungsstruktur, die

- auf Atomenergie verzichtet,
- die Umwelt nicht zusätzlich belastet sondern entlastet,
- die fossilen Energievorräte schont,
- die Entwicklung neuer Energietechnologien vorantreibt,
- die neuen technologischen Chancen industriell nutzt,
- die Brüche in der Beschäftigung vermeidet,
- die Verantwortung der Kommunen für die Energiepolitik stärkt,
- das Verhalten der Bürger und der Wirtschaftsteilnehmer belohnt, Energie rationell und sparsam zu verwenden sowie Alternativen zu entwickeln.

Diese Ziele lassen sich nur schrittweise erreichen. Das bedeutet: Der Ausstieg aus der Kernenergie und der Einstieg in ein ökologisch verträgliches Energiesystem läßt sich nicht anders als schrittweise verwirklichen.

Unser Sofortprogramm für eine neue Energieversorgungsstruktur enthält unsere Vorschläge, was jetzt zu tun ist. Wir scheuen keine Tabus. Wir benennen — wo es möglich ist — Kosten und Konflikte. Wir wollen Handlungsmöglichkeiten und Handlungsalternativen offenlegen und laden zur öffentlichen Diskussion ein: die politischen Parteien und die öffentliche Hand, Unternehmer und Gewerkschaften, Energiewirtschaft, Verbraucher, Kirchen, die gesellschaftlichen Gruppen.

Wir dürfen nicht nur auf den Ersatz von Atomenergie durch andere Energieträger zur Stromerzeugung blicken. Unsere Antwort muß umfassender sein, denn sie soll Bestand haben. Parteivorstand und Parteirat haben im Mai 1986 folgende Schritte für ein Energiesystem

sorge gesetzlich vorgeschrieben, die ohne Aufschluß der Brennelemente einen sicheren Abschluß von der Biosphäre gewährleistet (direkte Endlagerung).

— Die Haftung der Atomkraftwerksbetreiber ist unbegrenzt. Die Deckungsvorsorge ist auf das 10fache der bestehenden Vorsorge anzuheben (auf 10 Mrd. DM). Die kostenlose staatliche Freistellung entfällt. Eine angemessene Stilllegungsvorsorge ist sicherzustellen.

— Umfang und Inhalt des Ausgleichsanspruchs zugunsten der Bürger sind neu zu regeln.

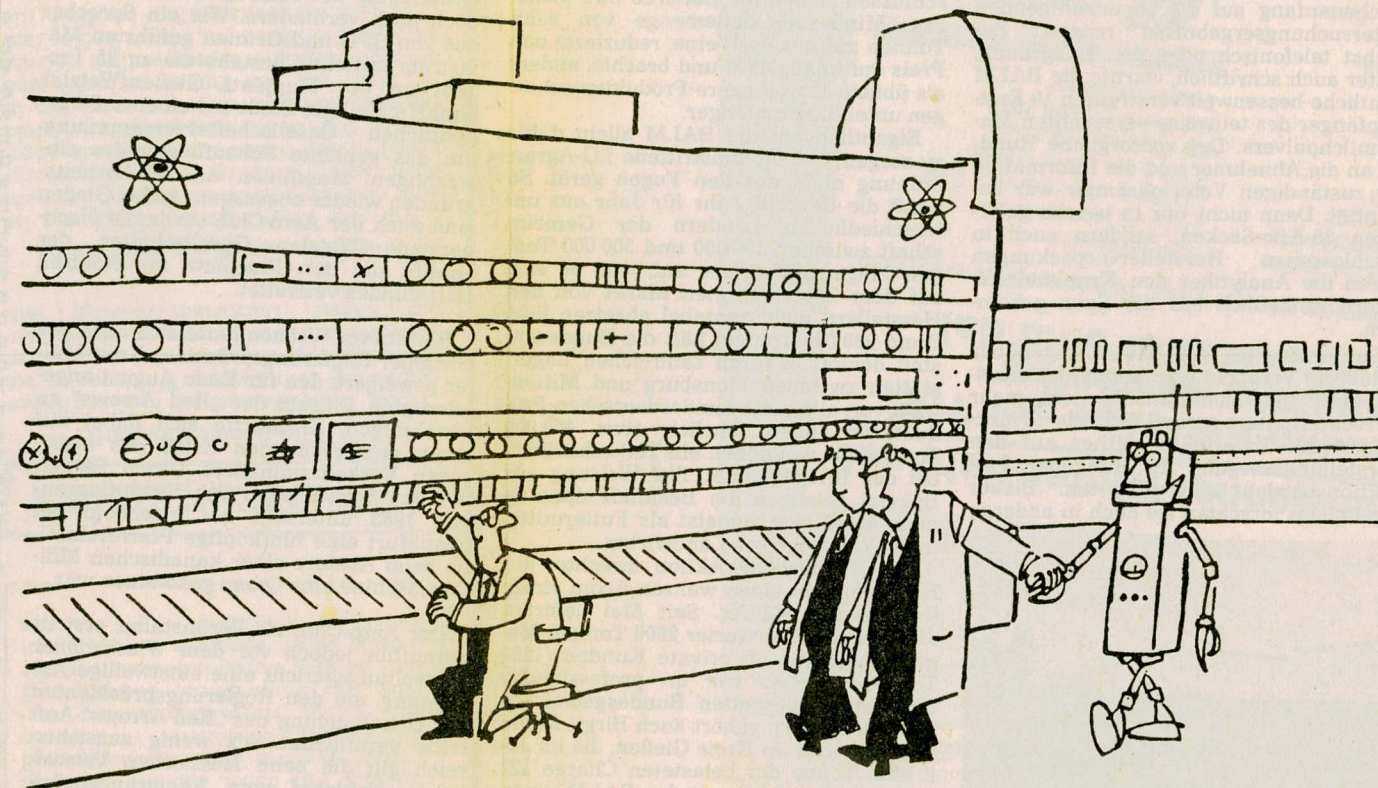
— Die Entschädigungspflicht des Staates gegenüber Betreibern von Atomanlagen ist für den Fall eines berechtigten Bestandsschutzes neu zu regeln. Dabei muß der Sozialpflichtigkeit des Eigentums größere Bedeutung zukommen.

Der Euratomvertrag ist neu zu verhandeln

— Die Förderung der Nutzung der Atomenergie ist ersatzlos zu streichen. Im Hinblick auf die Mitgliedsstaaten, die sich dem Ausstieg aus der Atomenergie nicht anschließen, sind einheitliche Sicherheitsnormen festzulegen, denen der Bau, der Betrieb einschließlich der Entsorgung und der Abbau von Atomanlagen unterliegen. Die Sicherheitsnormen müssen sich nach dem Grundsatz Sicherheit vor Wirtschaftlichkeit richten und von dem nach dem jeweiligen Stand von Wissenschaft und Technik möglichen Höchstmaß an Sicherheit ausgehen.

— Der bestehende Euratomvertrag ist in seinen Teilen Gesundheitsschutz, Sicherheit und Überwachung uneingeschränkt anzuwenden. Im Testfall Cattenom, das als erste Atomzentrale nach Tschernobyl im Herbst 1986 in Betrieb gehen soll, werden die Bundesregierung und die EG-Kommission aufgefordert, auf die strikte Einhaltung des Euratomvertrages mit allen politischen und rechtlichen Mitteln hinzuwirken. Cattenom darf zumindest solange nicht ans Netz gehen, bis die nach dem Euratomvertrag erforderlichen Stellungnahmen der EG-Kommission und die auf den Vertrag gestützten gerichtlichen Verfahren abgeschlossen sind.

Die Möglichkeiten der Internationalen



„Wir wollen versuchen, auch den letzten Risikofaktor auszuschalten!“

Einspeisung und Durchleitung anderer Stromerzeuger zu gestatten. Der eingespeiste Strom ist von den EVU nach dem Prinzip der vermiedenen Kosten zu vergüten, wobei auch die fixen Kosten zu berücksichtigen sind.

— Stromangebote oder Verträge, die die kommunale oder industrielle Eigenenergie behindern, sind nichtig.

— Die Konzessionsabgaben zugunsten der Kommunen müssen als Wegegestaltungsrecht ausgestaltet und vom Umsatz als Bemessungsgrundlage abgelöst werden. Sie sind vorrangig für energiesparende Maßnahmen, für die Kraft-Wärme-Kopplung und für die Nutzung regenerativer Energieerzeugung zu verwenden.

Die staatliche Energieaufsicht des Bundes und der Länder überwacht die Einhaltung dieser Ziele. Sie hat die Befugnis, Energieinvestitionen zu untersagen, wenn Gemeinwohlgründe es erfordern. Sie genehmigt die allgemeinen und die Sondertarife ebenso wie die Sonderverträge zwischen EVU und speziellen Einzelabnehmern.

Energie rationell und sparsam nutzen:

— Festlegung von Anforderungen an den Wärmeschutz von Altbauten im Rahmen eines Gesetzes zur Förderung von Investitionen zur Einsparung von Heiz-

men: Bund und Länder verdoppeln auf jährlich 300 bis 400 Millionen Mark.

— Gewährung von Ausfallbürgschaften für die Fernwärmenutzung mit industrieller Abwärme.

— Förderung der Abwärmenutzung durch die Erhöhung der Investitionszulage für Abwärmenutzung nach § 4a Investitionszulagengesetz.

Kraft-Wärme-Kopplung vorantreiben und neue Kraftwerkstechnologien entwickeln

Die vorhandene Kraftwerksstruktur ist zu einseitig auf die Stromerzeugung aus Großkraftwerken ausgerichtet. Die Kraft-Wärme-Kopplung bei der Stromerzeugung ist unterentwickelt. Ihre Ausnutzung wird auch durch die großen Verbundunternehmen der Elektrizitätswirtschaft behindert, die wegen ihrer zentral erzeugten Kapazitäten kein Interesse am Wettbewerb mit durch Kraft-Wärme-Kopplung dezentral erzeugtem Strom der industriellen oder kommunalen Eigenenergieerzeugung haben. Die bestehenden rechtlichen und vertraglichen Hemmnisse gegenüber der Kraft-Wärme-Kopplung müssen beseitigt werden.

Infolge der Großfeuerungsanlagenverordnung und der sonstigen Umweltauflagen ist seit einigen Jahren ein Moderni-

— Sonderabschreibungen der gerätetechnischen Industrie für F+E-Aufwendungen zur Entwicklung stromsparender Geräte und Elektromotoren für Haushalt, Industrie und Gewerbe;

— Kennzeichnungspflicht des Stromverbrauchs stromintensiver Geräte, die dem Verbraucher echte Preis- und Leistungsvergleiche ermöglicht;

— der Ersatz von Heizenergie auf Strombasis — beispielsweise von Nachtspeicherheizungen und Elektrozusatzheizungen mit Anschlußleistungen pro Geräte bis zu 2 kW — durch Heizenergieanlagen auf der Basis fossiler oder regenerativer Energieträger. Rund 9 Prozent des Raumwärmebedarfs werden zur Zeit durch Nachtspeicherheizungen abgedeckt;

— der Ersatz von Warmwasserbereitstellung auf Strombasis;

— kostenlose Beratung über Möglichkeiten der Energieeinsparung durch EVU's und Kommunen;

— gesetzlicher Rahmen zur Aufstellung verbindlicher regionaler und örtlicher Energieversorgungskonzepte, die auch den weiteren Einsatz von Nachtspeicherheizungen und anderer Elektroheizungen begrenzen. (Die Pläne sind ähnlich der Bauleitplanung im Rahmen von Regional- und Stadtentwicklungsplänen festzulegen.)

Spitzenverbände, der Verbraucherverbände und der wissenschaftlichen Institute bis Ende 1988 einen Tarifreformplan vorlegt (allg. Tarife — Sonderverträge).

Kohlevorrangpolitik umsetzen

Unsere Stein- und Braunkohle ist die einzige längerfristig verfügbare Energiereserve. Sie ist umweltfreundlich und möglichst rationell in unsere Energieversorgungsstruktur einzubauen.

Fortschreibung des Jahrhundertvertrages

Steinkohle kann auch in Ballungszentren risikoarm mit neuen umweltfreundlichen Kohletechnologien in großen, mittelgroßen und kleinen Einheiten verfeuert werden. Sie ist bis weit in das nächste Jahrtausend verfügbar.

Wir müssen heute die Kohlepolitik leiten, die diesem Ziel gerecht wird. Die Stein- und Braunkohle muß in der überschaubaren Zukunft die Hauptlast der Stromversorgung tragen. Deshalb muß unverzüglich eine Fortschreibung des Jahrhundertvertrages bis über das Jahr 2000 hinaus in Angriff genommen werden.

Die in der Mittel- und gegebenenfalls Spitzenlast fehlenden Kapazitäten müssen zunächst durch vorhandene Kraftwerke, die mit Öl und Gas betrieben werden, ersetzt werden, wobei unter Umweltsichtpunkten die Gaskraftwerke vorzuziehen sind. Die Braunkohle sollte in der Grundlast wieder voll ausgelastet werden. Der Atomstrom ist aber nicht allein durch mehr Stein- oder Braunkohle und Kraft-Wärme-Kopplung und alternative Energieerzeugung zu ersetzen. Wir brauchen auch begrenzte Optionen für Importkohle.

Kohle muß umweltfreundlich genutzt werden

Neue Kohlefeuerungsanlagen müssen den neuesten Stand der Technik zur Rauchgasreinigung berücksichtigen. Ziel muß es sein, die bisher für Wärmeleistungen ab 300 MW geltenden Emissionsgrenzwerte für alle Anlagen bereits ab 50 MW zu realisieren. Die Wirbelschichttechnik in Kombination mit der Kraft-Wärme-Kopplung bietet hier einen bevorzugten Weg. In dieser und anderen Umweltschutztechniken liegen auch große industrielle Chancen für unsere Volkswirtschaft.

Kohle und Wärmemarkt

Kohle sollte auch verstärkt für Wärmee Zwecke genutzt werden. Dies sollte bevorzugt durch Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und der Fernwärme erfolgen. Zur Deckung des industriellen Wärmebedarfs sollte aber auch die direkte Kohlenutzung in modernen, umweltfreundlichen Anlagen Einsatz finden.

Strom und Wärme aus regenerativen Energiequellen

Regenerative Energiequellen sind teil-

Atomkraft verabschiedet. — Der Schnelle Brüter in Kalkar geht nicht in Betrieb. Die Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet werden nicht weiter fortgesetzt.

— Der Bau der Wiederaufarbeitungsanlage wird nicht fortgesetzt. Statt dessen wird die direkte Entlagerung weiterverfolgt.

— Es gibt keine neuen Bau- und Betriebsgenehmigungen für Atomkraftwerke.

— Alle bestehenden Atomkraftwerke werden einer Sicherheitsprüfung unterzogen. Reaktoren, die den Sicherheitsanforderungen nicht genügen, sind abzuschalten.

— Der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung wird schrittweise verringert.

— Der Export von Atomreaktoren aus EG-Mitgliedsländern in Drittländer soll verboten werden.

Atomkraft — Wir beginnen mit dem Ausstieg

In den nächsten beiden Jahren müssen die ersten Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Einerseits wollen wir im Rahmen des geltenden Rechts während der nächsten beiden Jahre Klarheit darüber schaffen, welche Atomkraftwerke aus Sicherheitsgründen bei Anwendung des bestehenden Rechts abgeschaltet werden müssen und auf welche wir verzichten können. Deswegen ist mit der erneuten Sicherheitsüberprüfung umgehend zu beginnen. Dabei sind Wissenschaftler mit unterschiedlichen Positionen zur Atomenergie zu beteiligen.

Andererseits ist das Atomgesetz so zu ändern, daß die Stilllegung der Atomkraftwerke gesetzlich verankert wird und die für die Übergangszeit verbleibenden Risiken der Atomenergie verringert werden. Dazu ist erforderlich:

— Der Förderzweck des Atomgesetzes muß entfallen. Die Sicherheitsforschung und Entsorgungsforschung sind davon nicht betroffen.

— Energiewirtschaftlich genutzte atomtechnische Anlagen werden nur noch für eine unabänderlich notwendige Übergangszeit betrieben.

— Es werden keine Bau- und Betriebsgenehmigungen für weitere Atomkraftwerke mehr erteilt.

— Bestehende Atomkraftwerke sind umgehend aufgrund der Erfahrungen des Unfalls von Tschernobyl und entsprechend dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik unter Hinzuziehen der gesamten Breite des fachwissenschaftlichen Sachverständigen auf ihre Sicherheit hin zu überprüfen. Die Erfüllung des Standes von Wissenschaft und Technik sowie eine laufende Überprüfung entsprechend diesem Standard werden gesetzlich vorgeschrieben. Atomkraftwerke, die diesen Stand nicht erfüllen, sind nachzurüsten oder stillzulegen. Für diese Fälle gibt es keine Entschädigungspflicht des Staates.

— Die Grundsätze des Strahlenschutzes — die Strahlenbelastung so gering wie möglich zu halten (Minimierungsgebot) und das 30-Millirem-Konzept — sind im Atomgesetz festzuschreiben.

— Die Wiederaufarbeitung wird untersagt. Auf eine wirtschaftliche Nutzung des Plutoniums wird verzichtet.

— Für bestehende Atomkraftwerke wird der Nachweis einer Entsorgungsvor-

Atomenergie Organisation (IAEO) in Wien sind zu nutzen, um das Mißverhältnis zwischen nationalen Entscheidungen bei der Nutzung der Atomkraft und internationaler Betroffenheit bei Unfällen durch verstärkte internationale Zusammenarbeit so weit wie möglich zu verringern. Vor allem auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit und der Information über Störfälle und Unfälle muß die Zusammenarbeit entscheidend verbessert werden.

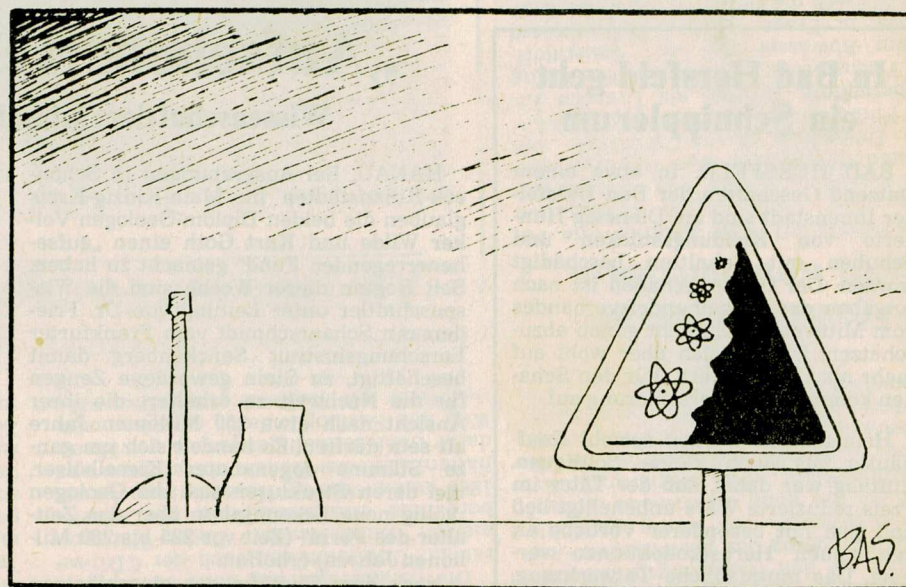
Wir brauchen einen vollständigen Informationsaustausch über Art und Betriebsweise aller kerntechnischen An-

energie (Heizenergieeinsparungsgesetz).

— Novellierung der Heizungsanlagen- und Heizungsbetriebsverordnung, um die Umrüstung von über 3,5 Millionen Heizungsanlagen in bestehenden heiztechnischen Anlagen in Altbauten, bei öffentlichen Gebäuden sowie in Gewerbe- und Industriebetrieben zu unterstützen.

— Wiederauflage eines von Bund und Ländern zu tragenden mehrjährigen Energiesparprogramms.

— Nutzung der Möglichkeiten der Mikroelektronik auf dem Gebiet der Heizenergie (Optimierung der Anlagen, Regelung einzelner Räume etc).



Mitropoulos/FAZ

lagen. Wir brauchen ein internationales Informationsnetz über Störfälle sowie ein internationales Programm abgestimmt auf Verfahren bei Reaktorunfällen, insbesondere der Information und der Hilfeleistung. Es müssen mit internationaler Gültigkeit Sicherheitsstandards für den Betrieb von Atomkraftwerken festgelegt werden, die nicht hinter den höchsten der bisher erreichten Standards zurückbleiben dürfen. Die Frage der Haftung bei Reaktorunfällen in der Zukunft muß zum Gegenstand einer internationalen Konferenz gemacht werden.

Neugestaltung des Energiewirtschaftsgesetzes

Das Energiewirtschaftsgesetz von 1935 wird heutigen Anforderungen an eine moderne Energieversorgungsstruktur nicht mehr gerecht. Es ist völlig umzugestalten.

Folgende Ziele sind dabei zu berücksichtigen:

— Die Stromerzeugung muß ressourcenschonend und umweltverträglich erfolgen.

— Der Wirkungsgrad des Gesamtenergiesystems ist zu erhöhen.

— Die kostengünstige Stromversorgung ist durch die gesamtwirtschaftlich optimale Nutzung der Erzeugungs-, Transport- und Verteilungseinrichtungen sicherzustellen.

— Die Eigentümer der Netze haben die

Förderinstrumente: Investitionszulagengesetz und Einkommensteuergesetz. Dauer des Programms: 4 Jahre. Gefördert werden Vermieter und Mieter sowie Gewerbetreibende und Unternehmen, zu fördern sind: Wärmrückgewinnungsanlagen, Fernwärmeanschlüsse, Wärmedämmung von Außenwänden, Dach und Keller sowie die Anpassung der Heizkesselleistung und Ersatz der Warmwasserversorgung auf Strombasis. Bis zum doppelten Fördersatz werden gefördert: Gaswärmepumpen, Biogasanlagen, Solar- und Windenergieanlagen, kleine Laufwasserkraftwerke, Kombinationslösungen von Wärmedämmung und Heizkesselanpassung, der Ersatz von Nachspeicherheizung durch regenerative Energieerzeugung und/oder Fernwärmeanschluß und der Ersatz Warmwasserversorgung auf Strombasis; neue Regelungs- und Einsparstechniken, neue, verbesserte, zuverlässige verbrauchsabhängige Meßtechniken und -geräte für die Heizenergieabrechnung.

— Schaffung eines mehrjährigen Sanierungsprogramms zur wärme- und heiztechnischen Sanierung öffentlicher Gebäude in Bund, Land und Kommunen. Fördervolumen pro Jahr: 300 Millionen, Fördersatz bis zu 30 Prozent je nach Maßnahme.

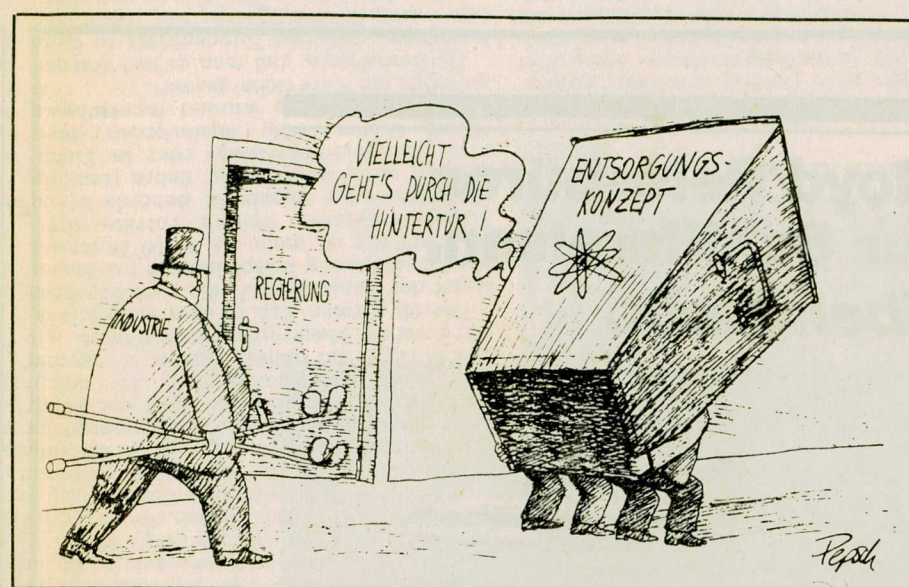
— Fortsetzung des Kohleheizkraftwerks- und Fernwärmeausbauprogramms; Laufzeit bis 1992, Fördervolu-

sierung prozess im Kraftwerkspark ange-laufen. Die Nachrüstung älterer Kraftwerke wird Anfang der 90er Jahre abgeschlossen sein. Die Weiterentwicklung der Kraftwerkstechnologien muß insbesondere zwei Ziele anstreben:

— Erhöhung des Wirkungsgrades

— Verbesserung des Umweltschutzes

Moderne fossile Kraftwerke erreichen ohne Kraft-Wärme-Kopplung einen Wirkungsgrad von rund 38 Prozent, der noch erheblich gesteigert werden kann. Es ist zu prüfen, ob vorhandene Atomkraftwerkstandorte für andere Kraftwerke genutzt werden können.



Gottscheber/Vorwärts

Stromverbrauch dämpfen — Lastspitzen glätten

— Stromverbrauchseinsparende Maßnahmen in Haushalt, Industrie und Gewerbe

Der Stromverbrauch muß auf die Anwendungsbereiche konzentriert werden, in denen Strom seine spezifischen Anwendungsvorteile hat. Strom ist als Sekundärenergie so rationell wie möglich einzusetzen. Im Haushalt, in Industrie und Gewerbe gibt es noch sehr große unausgeschöpfte Stromeinsparpotentiale; beispielhaft seien folgende Möglichkeiten genannt:

— gerätetechnische Verbesserungen beispielsweise bei Kühl- und Gefrierschränken, Waschmaschinen, Spülmaschinen, Trockenmaschinen, Beleuchtungsanlagen, Umwälzpumpen. Dies gilt für alle Geräte. Die technischen Einsparpotentiale liegen zwischen 30 bis 50 Prozent;

— Schaffung eines Stromspargütesiegels für besonders stromsparende Geräte;

— Zinsverbilligung für die Anschaffung von stromsparenden Geräten und Elektromotoren in Gewerbe und Kleinindustrie mit einer Anschlußleistung ab 5 kW über das ERP-Sondervermögen;

— Anregung eines Sonderdarlehens-Programmes des öffentlich-rechtlichen sowie des privaten Kreditgewerbes für die Anschaffung stromsparender Geräte ab 1 kW Anschlußleistung, die das Stromsparsiegel erhalten haben;

Neue Stromtarife in Haushalt, Gewerbe und Industrie

Das heutige Stromtarifsystem spaltet die Stromtarife in Grund- und Arbeitspreise. Diese Aufspaltung ist ein wesentlicher Hemmschuh für die rationelle und sparsame Verwendung von Strom. Wer überdurchschnittlich viel Strom verbraucht, zahlt nicht nur weniger pro Kilowattstunde und wird begünstigt, noch wichtiger ist, daß Investitionen und andere Maßnahmen der rationellen Stromnutzung künstlich unwirtschaftlich gemacht werden.

Die Bundestarifordnung Elektrizität muß deswegen grundlegend novelliert werden:

— Als erster Schritt sind lineare Stromtarife einzuführen. Die Reform sollte bis 1988 abgeschlossen sein.

— Der lineare Tarif ist zu verknüpfen mit einem zeitabhängigen Tarif. Die zeitabhängigen Tarife sollen den Verbraucher dazu bewegen, die Benutzung stromintensiverer Geräte zumindest teilweise in stromverbrauchsschwache Zeiten zu legen. Die moderne Mikroelektronik bietet noch viele unausgeschöpfte Möglichkeiten. Hier liegen Innovationschancen, die industriell zu nutzen sind.

Industrieverträge (Sonderverträge)

Auch Industrieverträge müssen sich an dem Ziel der rationellen Energieverwendung orientieren, deswegen bedürfen auch sie der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden. Die Erhöhung des Stromabsatzes durch wirtschaftlich nicht begründete Billigtarife darf nicht gefördert werden. Auf Dauer sind auch industriepolitische Gründe für eine Subventionierung des Strompreises nicht ausreichend, allerdings sind bei regionalpolitischen Problemen Übergangslösungen zu suchen.

— Bund und Länder richten eine Kommission Tarifreform-Strom ein, die unter Beteiligung des VDEW, VKU, DIHT, BDI, der Gewerkschaften, der kommunalen

weise schon attraktiv in der Energieverwendung. — Beispiel Solarenergie zur Warmwassererzeugung oder kleine Wasser- oder Windenergieanlagen zur Stromerzeugung.

Das wirtschaftlich nutzbare Potential bis zum Jahr 2000 liegt nach konservativen Schätzungen bei bis zu 24 Mio t SKE, d.h. mindestens 10 Prozent des Energieverbrauchs. Andere Schätzungen liegen weit höher. Die Förderung muß hier neben der Forschung und Entwicklung auch bei der Demonstration der Technologien und ihrer Markteinführung ansetzen.

— Im Rahmen der Neuauflage des Energiesparprogramms: Verdopplung des Fördersatzes für regenerative Energietechnologien, die im Markt eingeführt sind oder nahe der Marktreife liegen, und zwar Wärmepumpen auf Gasbasis, Wasserkraftanlagen bis zu 1 MW, Windenergieanlagen, Solaranlagen und Biogasanlagen sowie die Kombination der Technologien untereinander.

— Abbau baurechtlicher Hemmnisse für regenerative Energieerzeugungsanlagen.

— Schaffung eines Demonstrationsprogramms von 500 Energiesparhäusern zur Demonstration aller alternativen Energietechnologien und ihrer Kombination, in jedem Landkreis mindestens ein Beispiel Fördervolumen pro Haus 100 000 — 200 000 DM, Finanzierung: 25 Prozent Bund, Land, Kommune oder Kreis und Eigentümer.

— Demonstrationsprogramm zur regenerativen Stromerzeugung durch Windenergie für 500 Anlagen mit einer Stromerzeugungskapazität bis zu 500 KW. Damit sollen 500 kleine Wohnsiedlungen oder Dörfer an der Küste mit Strom versorgt werden. Die Kosten von ca. 800 Mio DM werden zu 25 Prozent aufgebracht von Bund, Land, EVU und Kommune oder Landkreis.

— Wiederbelebung kleiner Laufwasserkraftwerke

— Demonstrationsprogramm zur alternativen Energieversorgung von 500 vorwiegend landwirtschaftlich ausgerichteten Kommunen durch dörfllich zentrale Biogasversorgung zur Wärme- und auch zur Stromerzeugung.

Investitionsbedarf pro Anlage 1 Mio DM. Je 25 Prozent übernehmen Bund, Land, Landkreis sowie die jeweilige anlagenbauende Industrie,

— Schaffung eines Forschungsschwerpunktes: Stromerzeugung aus Solarenergie. Auf diesem Gebiet hat die deutsche Industrie forschungspolitische Pionierarbeit geleistet. Es fehlt an einem großen bundesweiten Demonstrationsprogramm.

Die Anwendung der Photovoltaik solle beispielhaft genutzt werden bei Post, Bahn, Bundeswehr, der Bundesbaudirektion.

— Auflegung eines ersten Förderprogramms zur Erforschung der Kombination Solarenergienutzung und Wasserstofftechnologie.

— Schaffung eines Förderprogramms Dritte Welt zur Anwendung von Technologien auf den Gebieten: Windenergienutzung, Solarenergie und Photovoltaik, Biogas sowie kleinere und mittlere Wasserkraftanlagen.

In weniger als einem Jahrzehnt ist der Ausstieg zu schaffen

Bericht der SPD-Kommission „Sichere Energieversorgung ohne Atomkraft“ / Gesetzliche Grundlagen müssen geändert werden / Teil II

Bis 1995 sollen alle derzeit betriebenen Atomkraftwerke abgeschaltet werden und die Stromerzeugung durch Kohlekraftwerke und gleichzeitige Energieeinsparung sichergestellt sein. So die Zielvorstellungen einer 14köpfigen SPD-Kommission unter Leitung des ehemaligen Bundesministers für Forschung und Technologie und jetzigen Bundestagsabgeordneten Volker Hauff. In dem Zwischenbericht der Kommission „Sichere Energieversorgung ohne Atomkraft“ — so ihr offizieller Name — wird der schrittweise Ausstieg aus der Kernenergie und der Einstieg in ein ökologisch verträgliches Energiesystem beschrieben. Die „aus Tschernobyl gezogenen Lehren“ sollen Grundlage eines Initiativantrags auf dem SPD-Parteitag sein, der in einer Woche in Nürnberg beginnt. Die FR dokumentiert aus dem Zwischenbericht der Hauff-Kommission Kapitel II („Wir müssen jetzt beginnen: Unser Sofortprogramm für die nächsten zwei Jahre“) und Kapitel III („Der politische und zeitliche Rahmen für die Durchsetzung einer Energiepolitik ohne Atomkraft“). Kapitel I („30 Jahre Diskussion um die Atomenergie in der SPD: Der Prozeß und das Ergebnis“) ist weitgehend identisch mit der Rede Volker Hauffs, die er im Mai dieses Jahres auf einem Parteitag der SPD in Hannover anlässlich der Einsetzung der Kommission gehalten hat. Diese Rede erschien bereits in der FR-Dokumentation am 16. Juni. (Teil I erschien in der FR vom 14. August)

Regionale und kommunale Energiepolitik ausbauen

In der Vergangenheit wurde die Zuständigkeit der Kommunen auf dem Gebiet der Energiepolitik ausgehöhlt, oft mit ihrer eigenen Zustimmung. Der Einfluß der großen Verbundunternehmen mit ihren zentralen Lösungen wuchs stark an.

Die Arbeitsteilung zwischen kommunalen EVU und den regionalen und überregionalen EVU muß neu geordnet werden. Die Kommunen müssen wieder zu einem maßgebenden Träger der energiepolitischen Entscheidungen werden. Die Energieaufsichtsbehörden der Länder können dafür wichtige Voraussetzungen schaffen; soweit erforderlich sollten die vorhandenen Instrumente dafür genutzt werden, in den Gemeinden den Bau von kommunalen Kohle-Heiz-Kraftwerken und von Fernwärmenetzen statt des Baus großer Kondensationskraftwerke durch die Verbundunternehmen zu fördern.

Unter den Bedingungen einer ortsnahe angepaßten kommunalen Energieversorgung sind die Kommunen und Regionen zu unterstützen.

- Regionale und kommunale Energieversorgungskonzepte sind verbindlich in Regional- und Bauleitplänen vorzuschreiben.

- die kommunale Energieberatung ist flächendeckend auszubauen. Entscheidend ist der Ausbau der „Vor-Ort-Beratung“.

- Einsatz von mobilen Energieberatungs-einheiten, vor allem im ländlichen Raum.

- Die öffentlichen Hände sollten Schulungsmöglichkeiten schaffen, um den Sachverstand zu stärken zur Einsparung von Energie bei öffentlichen Gebäuden.

Schaffung von kommunalen Energie-Agenturen

Diese Energie-Agenturen (Beispiel Saarland) übernehmen das Energieeinsparmanagement von Energie- und Stromeinsparinvestitionen. Der Hauseigentümer finanziert die entsprechenden Investitionen über die Energiespar-Agentur durch die Vermeidungskosten aus der Energieeinsparung. Wenn sich die Ener-

- notwendige Reservekapazität
- aus ökonomischen Gründen stillgelegte Kapazität
- aus technischen Gründen kurzfristig nicht einsetzbare Kapazität
- tatsächliche Überkapazität

Das vorhandene 380-kV-Netz enthält Freiräume, aber das gilt möglicherweise nicht für alle Regionen. Hier kann es regionale Engpässe geben.

Eine verantwortbare Neuorientierung der Energiepolitik stellt uns freilich vor eine größere Aufgabe, als die 41 Mio. t SKE, die zur Zeit durch Atomenergie bereitgestellt werden, zu ersetzen. Es geht darum, die Möglichkeiten des Energiesparens konsequent zu nutzen. Es geht darum, eine neue Versorgungsstruktur mit weitreichenden Zielen zu schaffen.

Unser Sofortprogramm beschreibt die Ansätze, mit denen sofort begonnen werden kann. Dabei stellen sich neue Aufgaben. Das durch die Ölpreiskrisen ausgelöste Energiesparen hatte eine ganz andere, begrenzte Zielsetzung: Vorrangig Öl zu ersetzen, vor allem im Wärmemarkt. Es ging darum, die Abhängigkeit vom Öl zu vermindern. Dabei sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Die Einsparung von Strom und der Ersatz von Strom im Wärmemarkt gehörten nicht zum Spektrum der vorangetriebenen Energiesparmaßnahmen. Vielmehr wurde durch eine differenzierte Strompreisgestaltung der Stromverbrauch angereizt.

Betrachtet man die mittelfristige Perspektive, zeigt sich, daß die Probleme der Neuorientierung der Energiepolitik lösbar sind. Allerdings kommt es darauf an, daß die verschiedenen Elemente unserer Umsteuerungskonzeption schnell genug realisiert werden. Dies hängt von Bedingungen ab, deren Erfüllung nicht allein in der Hand des Staates liegt. Schließlich haben wir es mit einer Anzahl nicht prognostizierbarer Unsicherheiten und möglicher Widerstände zu tun. Unsere Umsteuerungskonzeption läßt sich daher nur als in der Zeit ablaufender Prozeß verstehen. Um nicht falsche Erwartungen zu wecken, gehen wir eher von einer vorsichtigen Einschätzung aus. Die nächsten Jahre können zeigen, daß eine weitere Beschleunigung des Prozesses möglich

Es bedarf auf lange Zeit einer großen Anstrengung, um dieses Potential wirtschaftlich zu nutzen. Aber dies lohnt sich; denn hier liegt ein Teil unserer Zukunft. Wir stehen nicht in der Mitte des Atomzeitalters, sondern am Anfang des Solarzeitalters.

Umwelt

Die umweltfreundlichste Energie ist diejenige, die durch Erhöhung des Wirkungsgrades erreicht wird. Auch unter Umweltaspekten ist deswegen die rationelle und sparsame Energieverwendung das Wichtigste. Im Jahr 1985 sind durch Steinkohlekraftwerke folgende Emissionen entstanden:

Schwefeldioxid (SO ₂) —	923 000 t;
Stickoxide (NO _x) —	478 000 t;
Staub —	100 000 t.

Wenn der gesamte heutige Atomenergiestrom in Zukunft durch Steinkohlekraftwerke, die die derzeit vorgeschriebenen Emissionsgrenzen einhalten, erzeugt wird, entstehen dabei folgende Emissionen:

Schwefeldioxid (SO ₂) —	140 000 t,
Stickoxide (NO _x) —	72 000 t,
Staub —	15 000 t.

Es ist aber bereits heute möglich, diese Werte technisch zu unterschreiten.

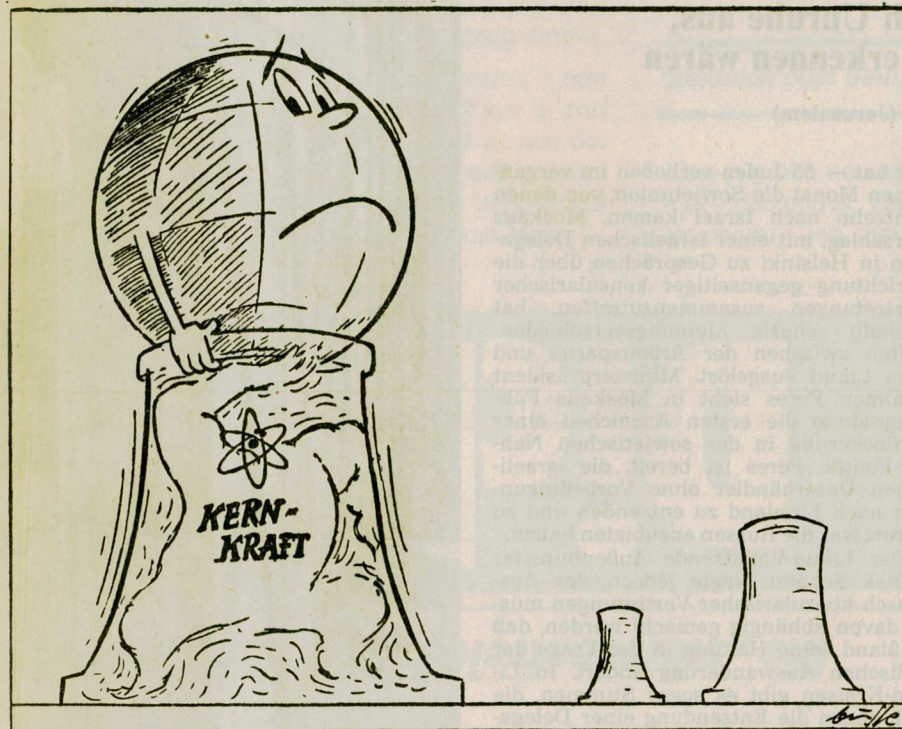
Mit anderen Worten: Wenn alle Maßnahmen der Emissionsminderung greifen, sind die langfristigen Ziele der Emissionsminderung bei einer Ersetzung der Atomenergie durch fossile Energien nicht in unverträglichem Maße beeinträchtigt. Voraussetzung ist jedoch, daß die im Sofortprogramm erwähnten Maßnahmen zum Einsatz umweltfreundlicher Kohletechnologie tatsächlich durchgeführt werden. Wir verkennen nicht, daß die Produktion von Kohlendioxid (CO₂) durch Kraftwerke mit fossilen Energieträgern Fragen über die Auswirkungen auf die Klimaentwicklung der Welt aufwirft, die heute wissenschaftlich noch nicht befriedigend und abschließend beantwortet werden können. Der von uns in Aussicht genommene Zuwachs im Verbrauch von fossilen Energieträgern vergrößert das ohnehin bestehende Problem quantitativ nicht wesentlich und dies nur vorübergehend.

Auf lange Sicht müssen auch deswegen die rationelle Energieverwendung und die wirtschaftliche Nutzung der Sonnenenergie die Hauptenergiequellen sein.

Wir wenden uns entschieden gegen die interessierten Kreise, die die Gefahren der Atomkraft durch die Angst vor dem CO₂-Problem zu verdrängen versuchen.

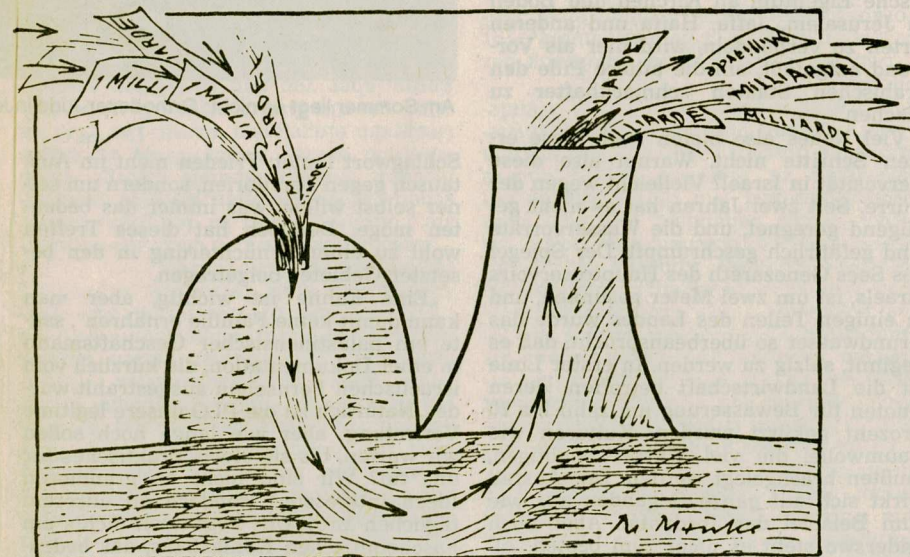
Arbeitsmarkt

In der Atomwirtschaft sind nach Angaben des Atomforums etwa 50 000 Menschen beschäftigt. Auch wenn die Atomenergie in der Zukunft keinerlei Beschränkungen unterliegen würde, müßte die Atomindustrie sich erheblich umstellen. Kein deutsches EVU plant nämlich für die nächsten zehn Jahre den Bau eines weiteren Atomkraftwerkes. Den Umstellungen der Atomwirtschaft



Der Geist in der Flasche

Busse/Rhein-Neckar-Ztg.



Funktionsschema des schnellen Brüters in Kalkar

Marcks/Südd. Ztg.

Eine besonders schwierige Situation kann für einige schon heute auf Importenergien angewiesene Länder der Dritten Welt entstehen. Diese Länder sind wesentlich stärker von den Entwicklungen auf den internationalen Energiemärkten abhängig als wir.

Schon geringe Schwankungen der Weltenergiepreise für Kohle, Öl und Gas können zu regional großen wirtschaftlichen Problemen führen. Auch in diesem Fall gilt: Die verstärkte Förderung und Nutzung regenerativer Energiequellen und eine rationelle Energienutzung können besser zur Lösung der Energieprobleme dieser Länder beitragen als die Nutzung fossiler Atomenergie.

Bündnisse schaffen — das Gespräch suchen

Für die politische Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland gilt: In der zeitlichen Gestaltung der Neuorientierung der Energiepolitik werden unterschiedliche Werthaltungen zum grundsätzlichen Risiko der Atomenergie deutlich. Hier müssen wir uns klar entscheiden. Ein nationaler und internationaler Konsens ist mit uns nur mit der klaren Zielsetzung möglich, alle atomaren Risiken so schnell wie möglich abzubauen. Wer dies verzögern will, oder gar neue atomare Großprojekte (z. B. Wackersdorf) neu errichten oder in Betrieb nehmen will (z. B. Kalkar), kann nicht glaubwürdig für einen Konsens in der Energiepolitik arbeiten.

Gleichzeitig sagen wir: In den Aussagen zur Vorgehensweise und zur zeitlichen Gestaltung des Ausstiegs aus der Atomkraft wird deutlich, ob das Ziel der Beseitigung dieser Risiken nur wortreich beschworen wird oder ob gangbare Wege zu diesem Ziel aufgezeigt werden.

Die erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen können nicht ohne oder gar gegen die Mehrheit in den Gesetzgebungsorganen Bundestag und Bundesrat erreicht werden. Es ist deshalb ein Gebot der Redlichkeit wie der Wahrhaftigkeit, alle zeitlichen Aussagen zur zukünftigen Energiepolitik an diese Bedingungen zu knüpfen. Das gilt für den energierechtlichen Rahmen, der u. a. das Atomgesetz, das Energiewirtschaftsgesetz, das Kartellrecht und die Bundestarifordnung Elektrizität umfaßt. Das gilt ebenso für die staatliche Förderung der besseren Alternativen (Energiesparen, Kraft-Wärme-Kopplung, regenerative Energien, Kohle-vorrangspolitik).

Ohne diesen Konsens werden wir den Ausstieg aus der Atomenergienutzung nicht so schnell wie möglich und nötig realisieren. Wir bemühen uns um diesen Konsens. Deswegen suchen wir das Gespräch vor allem mit den unmittelbar Betroffenen: den Gewerkschaften, der Energiewirtschaft, den Betriebsräten, den Unternehmen, den Kommunen und den Bürgerinitiativen.

gelingen am besten amortisiert hat, kommen dem Eigentümer auch die niedrigen Heizkosten zugute.

Ein ähnliches Finanzierungsmodell gibt es in den USA und GB. In einigen Bundesstaaten der USA müssen EVU aufgrund gesetzlicher Vorschriften Einsparinvestitionen bei den Verbrauchern finanzieren, wenn diese kostengünstiger sind als der Zubau neuer Energieerzeugungskapazitäten. Diese sogenannte „Drittfinanzierung“ von Energieeinsparinvestitionen sollten sich kommunale Energieversorgungsunternehmen generell zunutze machen. Dies ist ein erster Schritt in Richtung unseres Ziels, aus den EVU Energiedienstleistungsunternehmen zu machen.

Sofortprogramm und öffentliche Haushalte

Die im Sofortprogramm aufgezählten Maßnahmen werden für die Jahre 1987 und 1988 zunächst zusätzliche Mittel der öffentlichen Hand erfordern: Für den Bund werden dies ca. 1,8 Milliarden Mark pro Jahr sein; auf die Länder entfallen ca. 1,2 Milliarden Mark und auf die Kommunen rund 500 Millionen Mark jährlich.

Der politische und rechtliche Rahmen für die Durchsetzung einer Energiepolitik ohne Atomkraft

Wir wollen alle atomaren Risiken so schnell wie möglich abbauen. Wir wollen dieses Ziel nicht nur proklamieren, sondern auch realisieren. Deswegen bemühen wir uns um die Beantwortung der Fragen nach der Durchsetzung, nach den zeitlichen Aspekten und Etappen dieses Programms, wir zeigen aber auch die Hindernisse und Widerstände dagegen auf. Das Umsteigen auf ein Energiesystem ohne Atomkraft ist technisch machbar; es kann ökonomisch, ökologisch sowie sozialverträglich gestaltet werden. Seine Verwirklichung ist vor allem eine Frage des politischen Willens und der politischen Durchsetzungskraft.

Alle bisher vorgelegten Arbeiten, die einen Ausstieg aus der Atomenergie auch in konkreten Schritten betrachten, zeigen die Notwendigkeit einer Fülle neuer Maßnahmen zur Förderung einer intelligenteren Energienutzung und neuer umweltfreundlicher Energietechnologien. Dazu bedarf es nicht nur staatlicher, sondern auch nichtstaatlicher Maßnahmen.

Die Ausgangssituation

Bei uns wurden 1985 in den Atomkraftwerken 126 TWh Stroms erzeugt. Dies sind etwas über 30 Prozent der insgesamt in der Bundesrepublik erzeugten Strommenge. Auf Primärenergiebasis umgerechnet hat die Atomenergie im Jahr 1985 mit 41 Mio. t SKE einen Anteil von 11 Prozent am Primärenergieverbrauch. Bezogen auf die Endenergie sind es ca. 5 Prozent. Bereitgestellt wurde der Kernkraftstrom durch 19 voll in Betrieb befindliche Reaktoren. Ihre Gesamtleistung belief sich auf 17 GW, das sind rund 17 Prozent der insgesamt in der Bundesrepublik installierten Bruttokraftwerksleistung. Die Jahreshöchstlast ins öffentliche Netz trat 1985 am 8. Januar in Höhe von 58,8 GW auf. Damit wurden nur rund zwei Drittel der Leistung beansprucht, über die die Energiewirtschaft verfügte.

Über die Frage, wie diese nicht in Anspruch genommene Kapazität aufzuteilen ist, gibt es unterschiedliche Auffassungen. Es ist zu unterscheiden:

Alle Planungen sind mit Unsicherheiten belastet. Wir wissen nicht, ob beim Stromverbrauch die Einsparerfolge tatsächlich realisiert werden können, oder ob der Stromverbrauch auch in den kommenden Jahren weiter wachsen wird. Unser Sofortprogramm enthält politisch, technisch und ökonomisch Maßnahmen, die das Einsparen von Strom ermöglichen und begünstigen. Bisher liegen wenig Erfahrungen vor, wie schnell und mit welchem Erfolg diese Ansätze durchgesetzt werden können.

Probleme und Lösungsansätze

Wer nicht Teile der Wirklichkeit ausgrenzt, der muß auf dem Weg zu einem sicheren Energiesystem ohne Atomkraft folgende Probleme sehen und lösen:

Energieversorgungsstruktur

Die Mehrzahl der heute vorliegenden Energieprognosen halten es für die überschaubare Zukunft für wahrscheinlich, daß der Primärenergieverbrauch nicht weiter ansteigen wird. Beim Stromverbrauch wird ein Zuwachs zwischen ein und zwei Prozent jährlich für möglich gehalten. In diesem Fall müßte mit einem Mehrverbrauch für die Stromerzeugung gerechnet werden, zusätzlich zu den 41 Mio. t SKE, die als Ersatz für die Kernenergie dienen.

Mittelfristig könnte der Beitrag der deutschen Steinkohle durch Stopp der Anpassungsmaßnahmen, Umsteuerung der EG-Exporte und andere Maßnahmen um ca. 15 Mio. t SKE gesteigert werden. Bei der Braunkohle dürfte ein zusätzliches Potential von maximal 5 Mio. t SKE vorhanden sein, so daß rund die Hälfte der notwendigen Ersatzenergien aus heimischen Vorkommen gedeckt werden könnte. Zu prüfen ist

— inwieweit industrielle Kraftwerksbetreiber durch eine höhere Vergütung des eingespeisten Stroms zu einer höheren Auslastung ihrer Anlagen bewegt werden können;

— inwieweit der Neu- und Zubau von umweltfreundlichen Kohlekraftwerken, vor allem Heizkraftwerken beschleunigt werden kann.

Da zusätzlich durch die Überangebote auf den Weltenergiemärkten Spielraum entsteht, kann davon ausgegangen werden, daß die Märkte für fossile Energieträger kurzfristig genügend elastisch sind, einen Ersatz der Atomenergie in der Bundesrepublik zu ermöglichen.

Das bedeutet: Die Braunkohle wird in der Grundlast ausgefahren, die Steinkohle wird neben der Mittellast auch in der Grundlast eingesetzt, Gaskraftwerke können Teile der Mittellast und Ölkraftwerke die Spitzenlast übernehmen.

Das Potential der regenerativen Energiequellen, insbesondere der Solarenergie, ist nahezu unbegrenzt. Das macht schon eine einfache Rechnung deutlich: Wenn die Sonnenenergie auf nur 2 Promille der Landfläche der Erde mit einem Wirkungsgrad von 20 Prozent genutzt werden könnte — und dieser Wirkungsgrad wird bei Versuchsanlagen mittlerweile erreicht —, dann ergäbe das eine Energiemenge, die 15 Mrd. t SKE entspricht. Das ist fast das Doppelte des heutigen Weltprimärenergieverbrauchs. Dieses gewaltige Potential gilt es durch eine langfristig angelegte Forschungs- und Industriepolitik zu nutzen.

Atomisierungsprozesse der Atomindustrie wollen wir unterstützen. Gerade der von uns vorgeschlagene Weg eröffnet neue Möglichkeiten der Beschäftigung.

Bei einem Umstieg im Laufe der nächsten zehn Jahre würden allein im Bereich des Kraftwerkbaus, des Energieanlagenbaus, der Spartechniken und des Bergbaus mehrere 10 000 Arbeitsplätze zusätzlich gesichert. Allerdings sind auch andere negative Beschäftigungswirkungen nicht von der Hand zu weisen. Das gilt für die besonders stromintensive Industrie.

Wirtschaftliche Folgen und Finanzierung

Das Umsteuern in der Energiepolitik umfaßt ein Bündel strategischer Maßnahmen, die von einer Umstrukturierung des Kraftwerksparks über rationelle Energieverwendung, die Entwicklung neuer Technologien bei konventionellen Kraftwerken, die verstärkte Nutzung regenerativer Energien bis zu technisch-betriebswirtschaftlichen Vorkehrungen zur Verringerung der Reservehaltung und bis zur Dezentralisierung der Energieversorgung reichen. Eine solche Strategie belastet die Volkswirtschaft mit zusätzlichen Kosten, auch wenn es zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich ist, diese Belastung genau zu beziffern.

Kostenbe- und -entlastungseffekte variieren erheblich, je nach dem Tempo des Strukturwandels in der Energieerzeugung, der übernationalen Energiepreisentwicklung und den damit verbundenen Änderungen in der Produktionsstruktur und bei der Nachfrage. Von entscheidender Bedeutung wird sein, inwieweit durch eine Verringerung des Strombedarfs, durch rationelle Verwendung von Strom sowie durch kostensenkende Innovationen zusätzliche Kosten aus dem Umbau des Kraftwerksparks aufgefangen werden können. Ziel unserer Politik ist es, dafür Sorge zu tragen, die Erhöhung der Strompreise so gering wie möglich zu halten. Gelingt es zum Beispiel, durch die in unserem Sofortprogramm angegebenen Stromsparmaßnahmen zu erreichen, daß nur im bisherigen Ausmaß neue Kraftwerkskapazitäten bereitgestellt werden müssen, ergibt sich von der Investitionsseite her keine zusätzliche Belastung. Sind wir bereit, in der Übergangszeit in den bereits vorhandenen Gaskraftwerken in höherem Umfang Erdgas zu verbrennen, fallen auch die erheblichen Kosten der Abgassäuberung nur stufenweise an.

Wir halten es für realistisch, daß der durchschnittliche Privathaushalt nicht mit mehr als maximal 10,- DM zusätzlich belastet wird. Haushalte, die von einer elektrischen Speicherheizung abhängig sind, müßten allerdings eine monatliche Mehrbelastung von etwas über 20,- DM in Kauf nehmen. Mit Nachdruck weisen wir jene Szenarios zurück, die durch unrealistische Annahme Angst vor einer nicht tragbaren Kostenbelastung verbreiten.

Die Bundesrepublik Deutschland gehört nicht zu den Ländern mit niedrigen Energiepreisen. Der spezifische Energieverbrauch, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt, liegt aber im verarbeitenden Gewerbe deutlich niedriger als in allen anderen größeren Industrieländern. Dies gilt auch für den Strom. Für die besonders stromintensive Industrie erscheint der Standort Bundesrepublik oh-



Hauffs große Nummer

Gottscheber/Hann. Allg. Ztg.

ne Prozeß- oder Produktinnovationen auf lange Sicht gefährdet. Diesen Strukturwandel müssen wir allerdings in jedem Fall verkraften, auch unabhängig davon, ob unser Energiesystem mit oder ohne Atomkraft arbeitet. Bei regional besonders drängenden Problemen sind Übergangslösungen notwendig.

Ohne die energieintensiven Branchen macht der Stromkostenanteil z. B. für das verarbeitende Gewerbe zwei bis drei Prozent aus. Eine z. B. 10prozentige Erhöhung der Stromkosten würde zu einer Kostenerhöhung von 0,2 Prozent führen. Diese Zahlen belegen, daß die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft insgesamt nicht beeinträchtigt wird. Allerdings wissen wir, daß ein Strukturwandel immer Zeit erfordert.

Die energiepolitischen Neuansätze unserer Konzeption werden auch industriepolitisch neue Chancen eröffnen. In dem Maße, in dem es gelingt, eine vorteilhafte Alternative der Energiepolitik ohne Atomkraft zu entwickeln, werden Produkte, die zur Durchsetzung dieser Konzeption benötigt werden, erheblich wachsende Chancen auf dem Weltmarkt gewinnen.

Rechtliche Rahmen

Der rechtliche Rahmen unseres Energieversorgungssystems ist festgelegt im Energiewirtschaftsgesetz, im Atomgesetz, in Energieeinsparungsgesetzen und -verordnungen, im Kartellrecht, im EG-Recht sowie in umweltrelevanten Rechtsvorschriften wie der Großfeuerungsanlagenverordnung, der TA-Luft, dem Bundesimmissionsschutzgesetz und freiwilligen Vereinbarungen zwischen Staat und Wirtschaft, so beispielsweise in den Emissionsminderungsplänen in den Ländern oder im Jahrhundertvertrag für die Verstromung der Kohle.

Um den Übergang zu vollziehen, müs-

sen mindestens das Atomgesetz und das Energiewirtschaftsgesetz geändert werden. Die Einzelheiten sind bereits im Sofortprogramm erwähnt. Es gibt eine Reihe von offenen Fragen, auf welcher rechtlichen Grundlage und in welchem Umfang sich ein Rechtsanspruch für die Entschädigung von Kernkraftwerksbetreibern ergeben könnte. Auch weil bei einer rechtlichen Prüfung viele Fragen offenbleiben, die letztlich nur durch Gerichte in einem zeitaufwendigen Verfahren verbindlich geklärt werden können, sollte der ernsthafte Versuch gemacht werden, in dieser Frage zu einer Verständigung mit den EVU zu kommen.

Internationale Fragen

Der Übergang zu einer sicheren Energieversorgung ohne Kernenergie darf nicht auf nationaler Ebene stehenbleiben. Deshalb muß verstärkt bei allen europäischen Nachbarn für eine Energieversorgung ohne Kernenergie geworben werden. Wir Sozialdemokraten haben einen solchen Vorstoß unternommen. Im Juni 1986 hat der Bund der Sozialdemokratischen Parteien in der EG in einer längeren Entschließung festgestellt, daß „die Kernenergie nur für eine Übergangszeit verantwortlich ist“.

Alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten müssen gesucht werden, um weitere Importe von Atomstrom zu verhindern. Die Entwicklung der Weltenergiepreise hängt auch davon ab, wieweit die mit unserer Neuorientierung verbundene Aussicht Erfolg hat, wieweit nämlich andere Länder unserem Beispiel folgen und mittelfristig auf Atomenergie verzichten.

Ein zusätzliches Problem besteht darin, daß mit desto höheren Energiepreisen gerechnet werden muß, je erfolgreicher wir international mit unserer Politik sind. Das gilt mindestens auf kurze Sicht.

Wir wissen, daß der Weg zu einem sicheren Energiesystem ohne Atomenergie ein neues Zusammenwirken aller am Entscheidungs- und Willensbildungsprozeß Beteiligten in der Energiepolitik voraussetzt.

Die vorrangigen Handlungsfelder liegen nicht nur in der gebotenen Neubewertung der risikoreichen Atomenergie, aus der gesetzgeberische Konsequenzen gezogen werden müssen, sondern ebenso im Bereich der intelligenten Energienutzung, weil wir durch Energiesparprozesse einen unnötig hohen Energiebedarf vermeiden können. Das schafft einen Markt für umweltfreundliche, moderne Heizkraft-Erzeugungssysteme (insbesondere auf der Basis der einheimischen Kohle) und fördert die Markteinführung regenerativer Energieträger.

Wir suchen einen nationalen Konsens der Abwendung von der Atomenergienutzung, für die wir uns auch international einsetzen. International werden wir aber nur glaubwürdig erscheinen, wenn wir mit nationalen Anstrengungen die besseren Alternativen zur Atomenergie auch praktisch aufzeigen. Mit einem Konsens aller Parteien wäre die gesellschaftliche Aufgabe leichter und schneller zu erreichen. Solange sich CDU/CSU und FDP dieser nationalen Anstrengung entziehen, wird nur eine sozialdemokratische Gesetzgebungsmehrheit die erforderlichen neuen Gesetze durchsetzen können.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird sich darum bemühen, die Energiewirtschaft für die Umsteuerung unseres Energiesystems zu gewinnen. Wir erwarten von der Energiewirtschaft ein konstruktives Mitwirken an der nationalen Aufgabe, einen Verzicht auf den Einsatz der risikoreichen Atomenergie so schnell wie möglich zu ermöglichen.

Der Prozeß wird in seiner Dauer durch das Ausmaß der Übereinstimmung geprägt, das für das Ziel und im Zusammenwirken aller Akteure erreicht wird, die das neue Energiesystem verwirklichen wollen.

Wenn die Akteure in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft kooperativ zusammenwirken, werden wir weniger als ein Jahrzehnt benötigen, bis das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet sein wird. Wir werden von uns aus alles tun, damit innerhalb des Zeitraums von 10 Jahren eine Energieversorgung ohne Atomkraft für die Bundesrepublik Deutschland verwirklicht wird. Vor allem werden wir mit einem kooperativen Sofortprogramm unverzügliche Erfolge erzielen. Wer sich diesem kooperativen Prozeß aber jetzt entzieht, wird eine Verantwortung auf sich nehmen, die niemand tragen kann. In diesem Bewußtsein arbeiten und streiten wir für einen nationalen und internationalen Konsens zum Ausweg aus den atomaren Risiken. Im Weg unterscheiden wir uns von denjenigen, die gegen besseres Wissen und Gewissen an der längerfristigen Nutzung der Atomenergie festhalten, obwohl es dafür keine Begründung gibt, seitdem wir um die Realisierbarkeit besserer Alternativen wissen und das Risiko der Atomenergie ethisch nicht mehr vertreten können. Es hat schon zu lange gedauert, bis dieses Bewußtsein sich durchgesetzt hat. Wir dürfen nun keine Zeit mehr verlieren.